

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version
Krisenjahrzehnte

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1980) : Krisenjahrzehnte, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135391>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

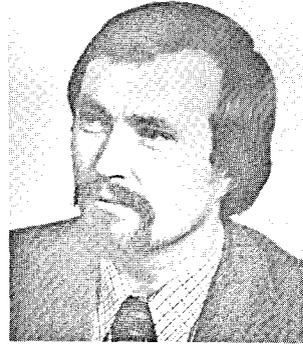
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Krisenjahrzehnte

An der Schwelle zu jedem neuen Jahrzehnt wuchern die Spekulationen. Stärker jedoch als zu Beginn der sechziger oder siebziger Jahre überwiegen heute die düsteren Szenarien. In der Tat stimmt bereits eine grobe Momentaufnahme wenig hoffnungsvoll. Die siebziger Jahre mögen zwar politisch das Jahrzehnt der Entspannung gewesen sein, bis diese mit den Ereignissen in Afghanistan in letzter Stunde entwich. Wirtschaftlich waren sie aber bestimmt das Jahrzehnt der Krisen – so abgedroschen dieses Wort auch erscheinen mag – und der „Überhang“ an wirtschaftlichen Problemen wird uns weiter verfolgen.

Zu Beginn der siebziger Jahre war die wirtschaftliche Erwartungshaltung noch optimistisch geprägt, und dies nicht ohne Grund. Die prosperierenden sechziger Jahre ließen annehmen, daß ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum erreicht werden könne. Wie die schnelle Überwindung der Rezession von 1965/66 glauben machte, würde man auch die Stockungen in der wirtschaftlichen Entwicklung ohne die Gefahr von dauerhaften Beschäftigungsrückgängen zu meistern vermögen. Die Inflation stellte ein Problem dar, das zwar in nicht wenigen Ländern an Gewicht gewann, doch immer noch mehr oder weniger lösbar erschien. Die Weltwirtschaft wurde von den reichen westlichen Industrieländern dominiert, der Welthandel wuchs mit hohen Raten, und wenig sprach dafür, daß dies nicht so bleiben sollte. Nur der Dollar kränkelte – und damit auch das auf einem Gold-Dollar-Standard beruhende Weltwährungssystem.

Das internationale Währungssystem wurde mit der zweiten Änderung des Übereinkommens des Internationalen Währungsfonds im Vergleich zum Bretton-Woods-System drastisch reformiert und damit flexibler gestaltet; es blieb so funktionsfähig, wenn auch teilweise mehr schlecht als recht. Ansonsten erwiesen sich die Erwartungen über die siebziger Jahre im nachhinein als falsch. Vor allem mit der ersten Ölkrise 1973/74 schlugen Lage und Stimmung dramatisch um. Die internationale Einkommensumverteilung im Gefolge der Erdölpreisexplosion, Stagnation und hohe Dauerarbeitslosigkeit bei gleichzeitig anhaltenden Preissteigerungen, unternehmerische und wirtschaftspolitische Anpassungsschwächen hinterließen den Eindruck einer historischen Wende, zumal der Club of Rome mit seinen „Grenzen des Wachstums“ 1972 den intellektuellen Boden dafür bereitet hatte.

Die Entwicklung der folgenden Jahre hat allerdings die düsteren Prognosen aus der Zeit kurz nach der ersten Ölkrise nicht völlig bestätigt. Nicht zuletzt waren dafür zwei Faktoren ausschlaggebend; einmal eine lernfähige Wirtschaftspolitik, die durch eine Mobilisierung der unternehmerischen Anpassungsenergien unterstützt und durch eine überraschende Flexibilität der internationalen Finanzinstitutionen flankiert wurde, und zum anderen eine überraschend günstige Entwicklung der Energiepreise nach 1974.

Insbesondere aber lernten die Gewerkschaften, daß der Lebensstandard nach der Einengung der internen Verteilungsspielräume nicht auf Kosten der Unternehmensgewinne zunehmen konnte, ohne daß Investitionen und Beschäftigung beeinträchtigt werden. Durch Bescheidung bei den Lohnforderungen, durch steuerliche Entlastungen und andere Verbesserungen der Rahmenbedingungen wurde den Unternehmen der Spielraum zurückgegeben, den sie zur Anpassung an die neuen Verhältnisse benötigten. Diese Politik, die in den vergangenen zwei bis drei Jahren durchgehalten wurde – angesichts der politischen Verhältnisse könnte man schon von einer „Politik des langen Atems“ sprechen –, sah im

letzten Jahr in Gestalt eines relativ kräftigen Investitionsanstiegs und eines Abbaus der Arbeitslosigkeit ihre Früchte reifen. Ob angesichts der jüngsten Entwicklungen die bislang auf dem Tisch liegenden Lohnforderungen den Lehren aus dieser Erfahrung Rechnung tragen, mag füglich bezweifelt werden.

Dies gilt vielleicht um so mehr, als der Ressourcentransfer in die OPEC-Länder und das Recycling der Petrodollar, das nach 1974 entgegen allen Befürchtungen nahezu reibungslos durch die internationalen Finanzinstitutionen und die Euromärkte abgewickelt werden konnte, heute auf größere Schwierigkeiten stoßen dürften. Wie das Iran-Beispiel zeigt, ist die Absorptionsfähigkeit vieler Erdölländer nicht an nur wirtschaftliche, sondern anscheinend auch an (restriktivere) politische und soziale Faktoren gebunden. Überdies sind die Verschuldungsmöglichkeiten vieler Entwicklungsländer nach starken Kreditaufnahmen auf den internationalen Märkten nach 1974 geringer geworden. Die im letzten Jahr verstärkte Diskussion um eine Kontrolle der Euromärkte wegen womöglich allzu risikoreicher Engagements der dort operierenden Finanzinstitute ist dafür ein Hinweis. Die Weltbankgruppe und der IWF dürften in nächster Zeit verstärkt gefordert sein, Wege zu finden, die zukünftigen OPEC-Überschüsse zu mobilisieren.

Nur bescheidene Fortschritte wurden auf dem Energiesektor erzielt. Bei kontinuierlich steigenden nominalen Importpreisen (in Dollar) für Öl ging dessen Preis relativ, im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen für Industrieprodukte, nach 1974 wieder deutlich zurück, wodurch die wirtschaftliche Erholung in den Industrieländern gestützt wurde, zumal insbesondere Saudi-Arabien diese Politik durch eine entsprechend hohe Ölförderung flankierte. Laut OECD waren die relativen Energiepreise 1978 für den Endverbraucher in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik um nicht mehr als 15 % höher als vor dem Ausbruch der ersten Ölkrise im Oktober 1973; in Japan, der Schweiz und Australien sogar niedriger. Kein Wunder, daß sich manche OPEC-Länder herausgefordert fühlten und daß im letzten Jahr, als Bedarfsanstieg und Produktionsausfälle im Iran die Chance boten, die Rohölpreise drastisch erhöht wurden.

Bedenklich ist vor allem, daß durch den zunächst relativ niedrigen Energiepreisanstieg für Jahre in den Industrieländern kaum Anreize bestanden, beschleunigt Anpassungen in Richtung auf weniger energieintensive Produktionsweisen vorzunehmen. Auch wurden die vergangenen sechs Jahre nicht genutzt, um alternative Energiequellen in größerem Umfang nutzbar zu machen. Abgesehen von dem Kernenergieproblem stellt sich die Frage nach dem verstärkten Einsatz der Kohle, bei der die EG-Kommission trotz steigender Investitionen in den nächsten zwei Jahren einen Rückgang der Produktion in der EG erwartet. Man könnte in einen schlimmen Zirkel geraten: Der notwendige rasche Übergang zu neuen energiesparenden Kapitalgütern und Produktionen erfordert ein relativ hohes Wachstum, das aber durch knappe und teure Energie behindert wird.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor für die Zukunft ist darin zu sehen, daß die siebziger Jahre auch das Jahrzehnt des wieder auflebenden Protektionismus waren. Die anscheinend in vielen Ländern immer noch latent vorhandenen protektionistischen Neigungen kamen mit vermindertem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit wieder verstärkt zum Tragen. Die Tokio-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen, die im letzten Jahr abgeschlossen werden konnte, stellt weniger wegen der Zolllenkungen – sie sind wegen der Wechselkurserhöhungen zum Teil von geringerer Bedeutung geworden – einen Fortschritt dar, als wegen der erstmaligen Einbeziehung der nichttarifären Handelsschranken. Sorge macht jedoch, daß der Abschluß der Tokio-Runde nicht wie frühere Runden als Schritt auf dem unaufhaltsamen Marsch zum Freihandel gefeiert wurde, sondern als (brüchiger?) „Damm gegen die Fluten des Protektionismus“. Und die Sorge ist berechtigt, da der Protektionismus in immer feineren Spielarten betrieben wird. Die Alternative zum „organisierten“ oder „geordneten“ Handel scheint nicht mehr der Freihandel, sondern nur der „ungeordnete“ Protektionismus zu sein.

Bei all diesen Sorgen, die uns in die achtziger Jahre begleiten, könnte tatsächlich das vergangene Jahrzehnt noch zu den „glücklichen 70ern“ avancieren.